



Al Gore
Angriff
auf die Vernunft

Aus dem Englischen von
Enrico Heinemann und Friedrich Pflüger,
VerlagsService Dr. Ulrich Mihr



Die amerikanische Originalausgabe erschien 2007
unter dem Titel »The Assault on Reason«
bei The Penguin Press, Penguin Group (USA) Inc., New York USA.

Umwelthinweis

Dieses Buch wurde auf 100 % Recycling-Papier gedruckt,
das mit dem blauen Engel ausgezeichnet ist.
Die Einschrumpffolie (zum Schutz vor Verschmutzung)
ist aus umweltfreundlicher und recyclingfähiger PE-Folie.

1. Auflage

© 2007 Al Gore

© 2007 der deutschsprachigen Ausgabe Riemann Verlag, München,
in der Verlagsgruppe Random House GmbH

Redaktion: Ulrich Mihr

Satz: Barbara Rabus

Druck und Bindung: GGP Media GmbH, Pößneck

Printed in Germany

ISBN 978-3-570-50089-7

www.riemann-verlag.de

Für meinen Vater
Senator Albert Gore sr.
1907–1998

Inhalt

Einführung	9
1 Die Politik der Angst	37
2 Die Verführung der Gläubigen	64
3 Politik der Patronage	98
4 Wohlfeile Unwahrheiten	132
5 Der Angriff auf das Individuum	171
6 Nationale Unsicherheit	217
7 Die Klimakrise	257
8 Demokratie im Gleichgewicht	288
9 Die gut »vernetzte« Bürgerschaft	327
 <i>Schlusswort</i>	
Die Wiedergeburt der Demokratie	359
Dank	363
Anmerkungen	366
Register	385

Einführung

Kurz vor dem Einmarsch der US-Truppen im Irak erhob sich im Senat der dienstälteste Senator Robert Byrd aus West Virginia und sagte: »Es ist so gut wie still in dieser Kammer – eine rätselhafte, ungeheuerliche Stille. Wir führen keine Debatte, wir diskutieren nicht, und niemand macht auch nur den Versuch, der Nation die Vor- und Nachteile dieses Krieges darzulegen. Nichts von alledem. Der Senat der Vereinigten Staaten ist untätig und schweigt.«¹

Warum hat der Senat geschwiegen?

Durch seine Beschreibung der leeren Ränge der Senatskammer beschwor Byrd eine Frage herauf, die sich so oder ähnlich inzwischen Millionen von Amerikanern gestellt haben: »Warum spielen Vernunft, Logik und Wahrheit bei wichtigen Entscheidungen der amerikanischen Politik offenbar nur noch eine ganz untergeordnete Rolle?«

Der Einfluss gezielter Falschinformationen und Unwahrheiten auf den politischen Prozess hat ein bislang nicht vorstellbares Ausmaß erreicht, und das, obwohl die Behauptungen der Regierung Bush durch zahlreiche Beweise einwandfrei widerlegt sind.

Eine große und rasch wachsende Zahl von Amerikanern stellt offen die Frage: »Was ist mit diesem Land passiert?« Immer mehr Menschen versuchen zu verstehen, was genau in unserer Demokratie im Argen liegt und wie es behoben werden kann.

Beginnen wir mit einem besonders erschreckenden Beispiel: Zum ersten Mal in der amerikanischen Geschichte hat die Regierung die Anwendung von Folter bei Kriegsgefangenen nicht nur geduldet, sondern aktiv gefördert. Dies steht eindeutig im Widerspruch zu einer von George Washington während des Unabhängigkeitskrieges erlassenen Bestimmung.

Wer jedoch die Schuld für diese Fehlentwicklungen nur bei den Entscheidungen von Präsident George W. Bush sucht, macht es sich zu leicht und handelt voreingenommen. Für die Politik unseres Landes sind wir alle verantwortlich – zu diesem Zweck haben wir unseren Kongress, unsere unabhängige Rechtsprechung und eine fein austarierte Balance der Macht zwischen Exekutive, Legislative und Judikative. Wir leben in einem Rechtsstaat mit dem Recht auf freie Meinungsäußerung und unabhängigen Medien. Hat dieses System versagt?

In der Zeit unmittelbar nach dem Wirbelsturm Katrina gab es in unserer öffentlichen Debatte ein kurzes Aufflackern klarer und konzentriert vorgebrachter Argumente, das viele Amerikaner, auch Journalisten, an Zeiten erinnerte, als diese Qualitäten zum öffentlichen Meinungs austausch über Probleme und ihre Lösung selbstverständlich waren. Der Augenblick zog jedoch vorbei wie ein Sommergewitter.

Das ist nicht immer so gewesen. Warum ist der Meinungs austausch in Amerika heute so verworren und unpräzise, so wenig von *Vernunft* bestimmt? Vertrauen in die Vernunft – der Glaube, dass sich freie Bürger klug und gerecht selbst regieren können, wenn sie sich bei der Entscheidungsfindung rationalen Argumenten und den besten verfügbaren Informationen beugen anstelle von roher Gewalt – das war und ist die geistige Grundlage der amerikanischen Demokratie. Diese Grundlage wird nun attackiert.

Wir alle neigen dazu, die Vergangenheit zu verklären, und

auch in der Geschichte der amerikanischen Demokratie hat es niemals jenes »Goldene Zeitalter« gegeben, in dem allein die Vernunft herrschte und politische Entscheidungen bar jeglicher Täuschung und Volksverführung getroffen wurden. Aber trotz aller Unzulänglichkeiten in der Vergangenheit war Amerika doch im Großen und Ganzen bestrebt, Wahrheit und Vernunft zu respektieren. Der bedeutendste Präsident der Vereinigten Staaten, Abraham Lincoln, sagte 1838 zu einer Zeit, als er und der Staat noch jung waren: »Alles, was dieses Land für seinen künftigen Unterhalt und seine Wehrhaftigkeit an Grundlagen benötigt, muss die Vernunft hervorbringen – die kühle, berechnende, leidenschaftslose Vernunft. Mögen aus diesen Grundlagen allgemeiner Verstand erwachsen, feste moralische Grundsätze und insbesondere die Achtung der Verfassung und Gesetze.«²

Tatsächlich jedoch wird die amerikanische Demokratie bedroht – nicht von einer bestimmten Ideologie oder Weltanschauung, sondern durch unvorhergesehene Veränderungen des Umfelds, in dem Ideen entstehen und aufblühen oder welken und absterben. Dieses Umfeld ist kein Gebiet im geographischen Sinn, sondern der öffentliche Raum: der Marktplatz der Ideen.

Die öffentliche Debatte in Amerika ist inzwischen so befremdlich geworden, dass es einfach nicht mehr ignoriert werden kann. Etwas läuft völlig aus der Bahn, und ich weiß, dass ich mit dieser Einschätzung nicht allein stehe. Als im Jahr 2001 Umfragen zufolge drei Viertel der Amerikaner glaubten, Saddam Hussein sei für die Anschläge vom 11. September verantwortlich, hielt ich das noch für eine vorübergehende Anomalie.³ Inzwischen sind aber fast fünf Jahre vergangen, und noch immer ist fast die Hälfte der Amerikaner von Saddams Beteiligung an den Anschlägen überzeugt.⁴

Zuerst hielt ich auch die erschöpfende und pausenlose Be-

richterstattung über den Prozess gegen O. J. Simpson für eine ärgerliche, aber doch einmalige Maßlosigkeit – ein vorübergehender Mangel an gesundem Menschenverstand und Fingerspitzengefühl der Programmdirektoren des Fernsehens. Inzwischen ist deutlich geworden, dass es sich dabei nur um ein frühes Beispiel für eine neue, permanente Obsession handelte, die in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen alle Fernsehkanäle verstopft, und das häufig für Wochen.

Im Spätsommer 2006 wurde in den amerikanischen Nachrichten praktisch nur noch über das seltsame, falsche Geständnis von John Mark Kerr berichtet, der vorgab, beim Tod von JonBenét Ramsey zugegen gewesen zu sein. Die unaufgeklärte Ermordung der sechsjährigen Schönheitskönigin hatte schon elf Jahre zuvor einen Medienzirkus ausgelöst. Einige Monate vor der Festnahme Kerrs in Bangkok hatte das Verschwinden einer Highschool-Schülerin in Aruba, die Suche nach ihrer Leiche und ihre mutmaßliche Ermordung Tausende Stunden Sendezeit im Fernsehen belegt. Beide Fälle konnten bislang nicht aufgeklärt werden, und keiner von beiden war für die Belange der Republik von Bedeutung.

Wie JonBenét Ramsey hat sich kürzlich auch O. J. wieder ins Rampenlicht des krankhaften Medienwahns gedrängt, als sein spekulatives Nicht-Geständnis (Titel des unveröffentlichten Buches: »If I did it.« A. d. Ü.) nicht veröffentlicht und sein Fernsehinterview nicht ausgestrahlt wurde. Die Berichterstattung über dieses »Ereignis« wurde nur unterbrochen, als sich ein ehemaliger Sitcom-Star in einer Comedy-Show zu rassistischen Pöbeleien hinreißen ließ. Davor konzentrierte sich das Medieninteresse auf die »entlaufene Braut« Jennifer Wilbanks aus Georgia. Und davor war es der Prozess gegen Michael Jackson, und der gegen den Schauspieler Robert Blake, die Ermordung der schwangeren Laci Peterson und der Praktikantin Chandra

Levi. Wir dürfen natürlich Britney nicht vergessen und KFed und Lindsay und Paris und Nicole. Tom Cruise ist bei Oprah Winfrey aufs Sofa gehopst, hat Katie Holmes geheiratet, die Suri zur Welt gebracht hat. Und Russell Crowe soll ein Telefon nach einem Hotelportier geworfen haben.

Anfang 2007 hatten wir die flächendeckende Berichterstattung über Anna Nicole Smiths Tod, Einbalsamierung, die Vorbereitung der Beisetzung, das Gerangel um Vaterschaft und Sorgerecht ihres Kindes sowie um ihren Nachlass – auch dies ein bezeichnendes Beispiel für die neuen Prioritäten der amerikanischen Nachrichtenredaktionen.

Während nun die amerikanischen Fernsehzuschauer Woche für Woche Zigmillionen Stunden ihrer Lebenszeit solchen Sensationsgeschichten widmeten, fielen in diesem Land richtungsweisende Entscheidungen über Krieg und Frieden, zur globalen Erwärmung und zum Überleben der Menschheit, über Freiheit und Barbarei, über Gerechtigkeit und Fairness – Entscheidungen, die von künftigen Historikern als katastrophale Fehler bewertet werden dürften.

Inzwischen bezweifelt kaum noch jemand, dass der Einmarsch im Irak ein schwerwiegender Fehler war. Ende 2005 gab der ehemalige Direktor der Nationalen Sicherheitsbehörde NSA (National Security Agency) und Generalleutnant im Ruhestand William Odom folgende Bewertung ab: »Der Einmarsch im Irak wird sich meiner Meinung nach als die größte strategische Katastrophe der US-Geschichte erweisen.«⁵ Und dies, obwohl schon im Vorfeld alle nötigen Informationen und Argumente zum Treffen der *richtigen* Entscheidung verfügbar waren. Die Datenlage dazu ist absolut eindeutig.

Ob man nun die Einschätzung General Odoms teilt oder nicht, Senator Byrd betonte vor dem Einmarsch vor allem, dass in den USA über eine so wichtige Entscheidung wie der über

Krieg oder Frieden unbedingt eine intensive Debatte stattfinden muss.

Aber weshalb fand sie nicht statt? Hätten wir diese Debatte geführt, anstatt aus einer momentanen Stimmung heraus in einem Land einzumarschieren, das uns weder angriff, noch unmittelbar bedrohte, dann hätten wir all die tragischen Folgen des Krieges und der Nachkriegszeit vermeiden können.

Diejenigen von uns, die den US-Senat als Abgeordnete kennengelernt haben und seine Veränderung im Lauf der Zeit verfolgen konnten, hätten Senator Byrds scharfsinnige Beschreibung der Kammer vor der Invasion erklären können: Der Senat schwieg, weil die Senatoren anderweitig beschäftigt waren. Viele befanden sich auf Veranstaltungen zur Geldbeschaffung, die sie inzwischen nahezu permanent besuchen zu müssen glauben, um die 30-Sekunden-TV-Spots für ihre nächste Wiederwahl bezahlen zu können – mit ganz überwiegend Geldern von Lobbygruppen.

Wenn der Senat am Vorabend des Krieges schwieg, dann auch deshalb, weil die Senatoren nicht mehr glauben, dass ihre Äußerungen in der Kammer noch etwas bewirken könnten – nicht bei den anderen Senatoren, die bei den Reden ihrer Kollegen höchst selten anwesend sind, und erst recht nicht bei den Wählern, weil die Medien kaum noch über Reden im Senat berichten.

Der Glaube der amerikanischen Gründerväter an die Realisierbarkeit der parlamentarischen Demokratie gründete sich auf ihr Vertrauen in die Klugheit einer gut informierten Bürgerschaft, ihre genial austarierte Machtverteilung und ihren Glauben an das Vernunftprinzip, das ein freies Volk als natürlichen Herren akzeptieren sollte. Beim Vordenker für Menschenrechte und amerikanischen Gründervater Thomas Paine heißt es: »So wie im absolutistischen System der König das Gesetz verkör-

pert, so muss freien Ländern das Gesetz König sein und keinen anderen neben sich dulden.«⁶

Die Väter der US-Verfassung waren wohl vertraut mit dem römischen Forum und mit der Agora im Athen der Antike. In Amerika, so viel war klar, musste der öffentliche Raum entstehen durch fortgesetzten demokratischen Meinungsaustausch, was wegen der großen Entfernungen vorwiegend in gedruckter Form geschah. Die Gründer legten besonderen Wert auf eine kundige Öffentlichkeit und stellten sicher, dass der Marktplatz der Ideen allen offenstand und Informationen frei verfügbar waren. Daher schützten sie nicht nur die Versammlungsfreiheit als Grundrecht, sondern im ersten Zusatzartikel (First Amendment) vor allem die Pressefreiheit.

Ihre Welt war noch bestimmt vom gedruckten Wort. Wie der sprichwörtliche Fisch nicht weiß, dass er im Wasser schwimmt, kannte man in den Vereinigten Staaten während des ersten halben Jahrhunderts nur das gedruckte Wort: die Bibel, das Gesangbuch, die Unabhängigkeitserklärung, die Verfassung, die Gesetze, die Kongressprotokolle, Zeitungen, Bücher und politische Schriften. Die Väter der US-Verfassung befürchteten zwar, eine künftige Regierung könne einmal – wie König Georg – versuchen, die Presse zu zensieren, doch konnten sie sich nicht vorstellen, dass der politische Gedankenaustausch jemals anders als über Druckerzeugnisse erfolgen würde.

Inzwischen liegt es fast 45 Jahre zurück, dass die Amerikaner Nachrichten und Informationen überwiegend in gedruckter Form bezogen haben.⁷ Die Zahl der Zeitungsläser schwindet. Es wird weniger gelesen, nicht nur in Amerika, sondern fast überall auf der Welt. Die »Republic of Letters« (Gelehrtenrepublik) wurde erstürmt und besetzt von den Kohorten des Fernsehens.

Um unsere Aufmerksamkeit ringen nun Radio, das Internet, Handys, iPods, Computer, SMS, Spielkonsolen und Palmcom-

puter – aber noch dominiert das Fernsehen den Informationsfluss in den USA. Nach einer amtlichen und weltweiten Studie schauen Amerikaner täglich im Durchschnitt *vier Stunden und fünfunddreißig Minuten* fern – neunzig Minuten länger als der Weltdurchschnitt.⁸ Geht man von einem achtstündigen Arbeitstag aus, sechs bis acht Stunden Schlaf und einigen Stunden für Körperpflege, Anziehen, Essen und den Weg zur Arbeit, dann verbringt der Durchschnittsamerikaner fast drei Viertel seiner verfügbaren Zeit mit Fernsehen. Junge Amerikaner sitzen im Mittel noch länger vor dem Fernseher.

Das Internet ist ein hervorragendes, neues Kommunikationsmittel, von dem die Demokratie in Zukunft sehr profitieren kann. Möglicherweise wird das Fernsehen schon bald nur noch als Zwischenstufe im Übergang vom Zeitalter des Buchdrucks und der Zeitungen zum Zeitalter des Internet gesehen werden. (Mit der Gründung von Current TV zusammen mit meinem Partner Joel Hyatt habe ich versucht, den Siegeszug eines wirklich interaktiven Fernsehens als Brücke zum Internet zu beschleunigen.)

Aber noch erreicht das Fernsehen bei weitem mehr Menschen als das Internet. Darüber hinaus gibt die Mehrheit der Internetnutzer an, zumindest zeitweise fernzusehen, *während* sie im Internet sind. Und 60 Prozent derjenigen, die beide Medien gleichzeitig nutzen, haben beim Surfen im Internet *regelmäßig* den Fernseher an. Dabei verbringt Untersuchungen zufolge nicht nur der Durchschnittsamerikaner immer mehr Zeit vor dem Fernseher, sondern auch während der Internetnutzung wird im Schnitt immer mehr ferngesehen.⁹

In Amerika überholte das Fernsehen 1963 die Zeitung als wichtigste Informationsquelle. Während der folgenden zwei Jahrzehnte ahmten die Fernsehanstalten jedoch die führenden Tageszeitungen nach und respektierten die Regeln des Journa-

lismus. In der Vorhut standen Männer wie der Pionier des Radio- und Fernsehjournalismus Edward R. Murrow, die den Standard sogar noch erhöhten.

Seither ist der Anteil des Fernsehens am Gesamtkonsum von Nachrichten und Informationen stetig angewachsen, und der Vorsprung vor den Druckmedien hat sich weiter vergrößert. Millionen von Amerikanern lesen einfach nicht mehr Zeitung. Zuerst verschwanden die Abendzeitungen. Inzwischen verzeichnen alle Tageszeitungen ein Wegbrechen der Einnahmen, Rückgänge im Anzeigengeschäft und sinkende Auflagen – ein Trend, der sich bei vielen Zeitungen sogar in geschrumpften Druckformaten widerspiegelt. Vor vielen Jahren wandte sich ein gescheiter, junger politischer Berater an einen älteren Volksvertreter und beschrieb ihm kurz und bündig das neue Zeitalter in der öffentlichen Debatte: »Was nicht im Fernsehen ist, existiert nicht.«

Der Wendepunkt, als das Fernsehen die Printmedien als bedeutendste Informationsquelle in Amerika ablöste, war mehr als nur der Ersatz eines Mediums durch ein anderes. Das Fernsehen konnte Millionen von Amerikanern sofort und gleichzeitig bewegte Bilder, gesprochene Texte und Musik liefern und damit Wirkung und Medienmacht gegenüber dem gedruckten Wort um ein Vielfaches steigern. Dieser Wandel vollzog sich so plötzlich, als gehe die Entwicklung in einem einzigen Jahrzehnt von der Sandale zum Space Shuttle oder vom Spleißen von Seilen zum Spleißen von Genen.

Innerhalb einer einzigen Generation änderten die Amerikaner ihre Gewohnheiten. Nun starrten sie regungslos auf einen flimmernden Bildschirm, und das 30 Stunden pro Woche. Das Fernsehen nahm nicht nur einen immer größeren Teil der Zeit ein, die Amerikaner Nachrichten und Informationen widmeten, es beanspruchte auch einen immer größeren Teil des gesamten

öffentlichen Lebens. Wie Werbefachleute schnell erkannten, eröffnete das Fernsehen für die Veränderung des menschlichen Verhaltens bislang ungeahnte Möglichkeiten.

Haupteinnahmequelle für das Fernsehen ist natürlich die Produktwerbung. Das Ausmaß, in dem die moderne elektronische Werbung die amerikanische Gesellschaft verändert hat, kann kaum hoch genug angesetzt werden. In den fünfziger Jahren beschrieb der Ökonom und Präsidentenberater John Kenneth Galbraith zum ersten Mal, wie Werbung das klassische, von der unsichtbaren Hand des Marktes austarierte Gleichgewicht von Angebot und Nachfrage beeinflusste. Moderne Werbekampagnen konnten starke Nachfrage nach Produkten erzeugen, die von den Konsumenten eigentlich weder gewünscht, und noch viel weniger gebraucht worden waren.

Was Galbraith am Gütermarkt beobachtet hat, ist heute die prägende Wirklichkeit auch dessen, was einst der US-amerikanische Marktplatz der Ideen war. Verglichen mit den auf persönliches Image abzielenden Werbekampagnen zur Wählerbeeinflussung hat der Wert und Gehalt der von einem Kandidaten für ein Staatsamt vorgelegten politischen Pläne und Vorstellungen heute faktisch keine Bedeutung mehr. Durch die horrenden Kosten der TV-Werbespots hat Geld – und damit die Gruppe der Geldgeber – in der amerikanischen Politik enorm an Bedeutung gewonnen.

Deshalb treffen auch gut gemeinte Vorschläge zur Reform der Wahlkampffinanzierung selten den Kern der Sache: Solange der Kauf teurer Fernsehwerbezeit das wichtigste Mittel in der Beteiligung am politischen Dialog bleibt, so lange wird die amerikanische Politik in der einen oder anderen Weise vom Geld bestimmt werden. Für Ideen bleibt deshalb nur eine untergeordnete Rolle.

Aus diesem Grund halten sowohl im Repräsentantenhaus als

auch im Senat die Wahlkampfkomitees beider Parteien auf der Kandidatensuche nach Multimillionären Ausschau, die allfällige Werbekampagnen aus der Portokasse bezahlen können. Da darf es nicht verwundern, dass sich im Kongress mittlerweile vornehmlich wohlhabende Abgeordnete tummeln.

Als ich mich 1976 zum ersten Mal für den Kongress aufstellen ließ, habe ich während des gesamten Wahlkampfs keine einzige Meinungsumfrage einholen lassen. Als ich mich acht Jahre später im ganzen Staat Tennessee um einen Sitz im Senat bewarb, holte ich wie fast alle Konkurrenten Umfragen ein und nutzte auch elektronische Medien, um meine Botschaft zu den Wählern zu bringen. Ich erinnere mich lebhaft an einen Wendepunkt in diesem Wahlkampf, als mein Mitbewerber Victor Ashe, ein fähiger Volksvertreter und inzwischen mein Freund, seinen Rückstand in den Umfragen immer mehr verringerte. Nach einer langen und eingehenden Prüfung der gesamten Umfrageergebnisse, nach sorgfältigen Probeläufen möglicher Fernsehspots, der Abwägung der wahrscheinlichen Reaktion des gegnerischen Wahlkampfteams sowie der geplanten Reaktion auf die Reaktion präsentierten mir meine Wahlkampfberater einen Plan und eine Vorhersage von überraschender Präzision: »Wenn du diesen Spot mit so vielen ›Punkten‹ [ein Maß für den finanziellen Aufwand einer Kampagne] schaltest, und wenn Ashe wie vermutet reagiert, und wir dann für soundso viele Punkte die Antwort auf seine Antwort bringen, dann wirst du deine Führung in den Umfragen nach drei Wochen unterm Strich um 8,5 Prozent ausbauen.

Ich stimmte dem Plan zu und war nicht wenig verblüfft, als mein Vorsprung nach drei Wochen exakt um 8,5 Prozent zugenommen hatte. Als Wahlkämpfer war ich mit dem Ergebnis natürlich hochzufrieden, doch hatte ich auch eine Vorahnung, was das für die Demokratie bedeutete. Ganz offensichtlich war

die »Übereinkunft der Regierten« aus der Unabhängigkeitserklärung zumindest in einem gewissen Maß zu einer dem höchsten Bieter zufallenden Ware geworden. Die Bedeutung der Vernunft sank dadurch in dem Maß, dass der Ausgang einer Wahl mit Geld und einem taktisch klugen Einsatz der elektronischen Massenmedien manipuliert werden konnte.

Für meine Abschlussarbeit als College-Student hatte ich den Einfluss des Fernsehens auf das Machtgleichgewicht der drei Gewalten des Staates zum Thema gewählt. Ich wies darin unter anderem auf die zunehmende Bedeutung visueller Hilfsmittel und ausgefeilter Körpersprache auf Kosten von Logik und Vernunft hin. Dafür gibt es zahllose Beispiele, aber verständlicherweise kommt mir zu diesem Thema zuerst die Wahl von 2000 in den Sinn, lange vor der Entscheidung des Obersten Gerichtshofs, die genaue Nachzählung der Stimmen in bestimmten Wahlkreisen Floridas zu verbieten und die von Wahlmaschinen unsauber ausgestanzten Löcher auf den Wahlzetteln zu überprüfen. (Diese Kontrolle hätte ergeben können, dass Al Gore und nicht George W. Bush die Wahl gewonnen hatte. A. d. Ü.) Während meiner ersten Fernsehdebatte mit George W. Bush entstand durch die Auseinandersetzung über meine Seufzer bei vielen Fernsehzuschauern ein Eindruck, der alles überdeckte, was ich in einem mündlichen Austausch über Ideen und Inhalte hätte gewinnen können. Offensichtlich vermochte ich die Theorie meiner Abschlussarbeit nicht in die Praxis umzusetzen.

Die ursprünglich für die Produktwerbung entwickelten Möglichkeiten zur Steuerung von Emotionen und Meinungen der Massen werden von einer neuen Generation von Medien-Machiavellis inzwischen noch aggressiver genutzt. Die Macht der elektronischen Propagandaparolen ist durch die Kombination immer ausgefeilterer Meinungsumfragen und die Nutzung leistungsfähiger Computer weiter gewachsen. So schaffen die »psy-

chografische« Kategorisierung (der Wähler nach sozialer Klasse, Lebensstil, Persönlichkeit) und die Analyse der Empfänglichkeit der Bürger für bestimmte Reize eine neue, raue Wirklichkeit für unseren demokratischen Prozess.

Die amerikanische Demokratie läuft dadurch Gefahr, von innen ausgehöhlt zu werden. Bisweilen werden sogar Umfrageergebnisse eingekauft – ganz analog zur künstlich erzeugten Nachfrage nach neuen Produkten. Schon vor Jahrzehnten schrieb der amerikanische Journalist Walter Lippmann: »... die Methoden, wie man öffentliche Zustimmung erwirbt..., hielt man... mit dem Erscheinen der Demokratie für tot. Sie [sind] jedoch keineswegs tot, sondern [haben] im Gegenteil ihre Technik ungemein verbessert. [Unter dem Einfluss von Propaganda ist es] ... nicht länger möglich, an das ursprüngliche Dogma der Demokratie zu glauben.«¹⁰

Lippmanns düsterer Abgesang auf Amerikas Beitrag zur Menschheitsgeschichte macht mich schauern. Um unser unveräußerliches Recht zurückzugewinnen, müssen wir uns entschließen, die systematische Zerstörung des öffentlichen Forums rückgängig zu machen. Wir müssen neue Wege für einen aufrichtigen Austausch über unsere Zukunft ohne Manipulation finden. Dazu dürfen wir beispielsweise das Bestreiten und Verzerren wissenschaftlicher Erkenntnisse nicht länger tolerieren. Wir müssen der dreisten Verwendung falscher, ausschließlich zum Zweck der Verdrehung der Tatsachen angefertigter Studien ein Ende machen. Amerikaner aus beiden politischen Parteien sollten sich für eine Wiederbelebung der Achtung vor dem Vernunftprinzip einsetzen. Gerade angesichts der Klimakatastrophe sollten wir ideologisch motivierte Verfälschungen gesicherter wissenschaftlicher Erkenntnisse vehement zurückweisen.

Noch tauschen wir uns zweifellos aus über öffentliche Ange-

legenheiten. Aber das gedruckte Wort spielt bei der Entscheidungsfindung eine immer geringere Rolle. Wir verlassen uns – ob das gut ist oder nicht – immer mehr auf elektronische Bildmedien. Diese können viel stärkere Emotionen auslösen, und das meist, ohne dass dazu eine geistige Leistung erforderlich ist. Der Marktplatz der Ideen in gedruckter Form ist fast verlassen, wie das mit Brettern vernagelte Geschäftsviertel einer sterbenden Kleinstadt. Anstelle der Haushaltswarenläden und Lebensmittelgeschäfte sind Video-Shops und Fast-Food-Restaurants getreten. Und genau diese Leerung des altbekannten Marktplatzes der Ideen ist es, die unseren Bemühungen um Lösungen für die Zukunft unseres Landes einen »merkwürdigen« Beigeschmack gibt. Die Demokratie leidet an geistiger Auszehrung.

Mit der wachsenden Dominanz des Fernsehens wurden lebenswichtige Elemente der amerikanischen Demokratie ins Abseits gedrängt. Am schwersten wiegt jedoch der Verlust des Spielfelds selbst. Auf dem von den Gründern dieses Staates so geschätzten und sorgsam behüteten »Marktplatz der Ideen« konnten nach den Worten des englischen Philosophen John Stuart Mill »Wahrheiten« gefunden und durch »den vollen und ungehinderten Wettstreit gegensätzlicher Meinungen« präzisiert werden.¹¹ Der aus Büchern, politischen Schriften und Abhandlungen aus der Aufklärung entstandene öffentliche Raum scheint uns nach einer einzigen Generation – in der Geschichte der Menschheit ein Augenblick – so fremd wie Pferd und Wagen.

Wir dürfen dabei den ursprünglichen Zusammenhang zwischen dem gedruckten Wort, der Vernunft und der Demokratie nicht aus den Augen verlieren. Die Behandlung eines derart komplexen und eine lange Zeitspanne umfassenden Themas könnte vermessen wirken, doch können wir uns an einigen un-

Al Gore

Angriff auf die Vernunft

AL GORE
Angriff
AUF DIE
VERNUNFT

Gebundenes Buch mit Schutzumschlag, 400 Seiten, 13,5 x 21,5 cm
ISBN: 978-3-570-50089-7

Riemann

Erscheinungstermin: Juli 2007



Al Gores zweite „Unbequeme Wahrheit“: Nach der Klimakatastrophe droht die Katastrophe für die Demokratie.

Unsere Demokratie ist in Gefahr! Al Gores schonungslose Abrechnung mit den Medien, fundamentalistischen Angstmachern und manipulierten Wahrheiten.

Al Gores Erfolg und Popularität stehen für die Rückkehr von Glaubwürdigkeit, sozialer und ökologischer Vernunft in die amerikanische Politik. Mit seinem neuen Buch zeigt der ehemalige Vizepräsident der Clinton-Regierung, dass er mehr ist als die „grüne Hoffnung“ der USA . Neben dem Klimawandel droht der Welt eine zweite, nicht minder gefährliche Katastrophe: die allmähliche Selbstauflösung der Demokratie, die Erosion ihrer fundamentalen Werte und ihrer Verankerung im Volk. Leidenschaftlich und doch geprägt von einem unerschütterlichen Glauben an die Kraft vernünftiger Argumente, benennt Gore die größten Gefahren: eine Politik der Angst, die die Vernunft schrittweise zurückdrängt, ungezügelter Medien-Manipulation und die unheilige Allianz von Macht und Geld. Seine bestechend klaren kritischen Analysen werden zur Generalabrechnung mit der Ära Bush und ihren verhängnisvollen Fehlentwicklungen, sei es bei der Terrorbekämpfung, beim Sozialabbau, bei der Organisation amerikanischer Wahlkämpfe oder beim Vormarsch des christlichen Fundamentalismus.

Ein machtvoller Impuls für die Rückkehr von Glaubwürdigkeit, sozialer und ökologischer Vernunft in die Politik.